



Antragsteller: AUB/SUB, SPD, DIE LINKE; UC/FDP, Bündnis 90/Grüne, CDU; AfD **Antragsdatum:** 10.09.2019

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input checked="" type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input checked="" type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel	17.09.2019	<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	18.09.2019 25.09.2019

Antragsgegenstand:

Prüfung einer Änderung der neuen Richtlinie für die Kindertagespflege

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverwaltung soll prüfen, ob eine Änderung der Richtlinie für die Kindertagespflege in folgenden Bereichen dahingehend verändert werden kann:

1. Anpassung des Erziehungsaufwandes an den Tariflohn des öffentlichen Dienstes
2. Erhöhung des Sachaufwandes auf Niveau der vergangenen Richtlinien 2012/2016
3. Anpassung der Vergütung an den Vorschlag des Bundesverbandes Kinderpflege e. V.
4. Laut Aufwandsentschädigung werden nur noch 20 Arbeitstage pro Monat vergütet. In der Richtlinie von 2016 waren es 21 Arbeitstage pro Monat.

Die Verwaltung soll überprüfen, ob eine Einführung der allgemeinen Lohnsteuerrichtlinie bei einer 5-Tage-Woche (40-Stunden-Woche), also 21,75 Arbeitstage je Monat, möglich ist.

5. Es ist zu prüfen, ob das Essengeld, in den Aufwandsentschädigungen, die die Tagesmütter/-väter von der Stadt erhalten, wieder gesondert ausgewiesen werden kann.

Begründung

Kinderbetreuung ist eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe, der eine Qualitätssicherung gewährleistet werden sollte. Eine Benachteiligung der Vergütung der Tagesmütter/-väter soll vermieden werden.

Fraktionsvorsitzender AUB/SUB Fraktionsvorsitzender SPD Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Fraktionsvorsitzender UC/FDP

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne Fraktionsvorsitzender CDU Fraktionsvorsitzender AfD

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**: